



**Liebe Leserinnen und Leser,**

ich möchte diesen Wochenbericht aus aktuellem Anlass mit einer traurigen Nachricht beginnen. Ich spreche allen Angehörigen der Passagiere und der Besatzung des am Dienstag in Südfrankreich abgestürzten Flugzeuges mein aufrichtiges Beileid aus. Besonders tragisch ist, dass unter den Opfern auch eine Schulklasse und Lehrer aus Haltern sind. Außerdem ist bekannt geworden, dass zu den Opfern auch eine Flugbegleiterin aus Lünen gehört. Ich bin sehr betroffen von der Realität, dass das Leben von jungen Menschen aus unserer Region so früh auf diese tragische Weise jetzt schon zu Ende sein soll.

Das politische Berlin ist seit dem Absturz, aus Respekt den Freunden und Angehörigen der Opfer gegenüber, in den Hintergrund getreten und das wird selbstverständlich auch noch eine Zeit andauern. Es fällt nicht leicht, einfach wieder zur Tagesordnung überzugehen.

Die Gedanken der Abgeordneten und der gesamten Regierung sind dieser Tage bei den Angehörigen der Opfer.

Ich wünsche allen Angehörigen viel Kraft und eine gute Begleitung durch die schweren Stunden der kommenden Tage und Wochen.



Trauerbeflaggung des Reichstages

\*\*\*



Aus der vergangenen Sitzungswoche in Berlin möchte ich berichten:

## Medienkompetenz fördern - Digitale Bildung verbessern

Die Förderung der [Medienkompetenz](#) ist für uns der Schlüssel zur Teilhabe an der digitalen Welt. Der Umgang und die Nutzung digitaler Angebote und Medien haben bereits nahezu alle Gesellschafts- und Wirtschaftsbereiche erfasst. Laut zahlreicher Studien gibt



es in Deutschland jedoch noch erheblichen Nachholbedarf bei der Förderung und Ausgestaltung digitaler Bildungsangebote. Im Koalitionsvertrag haben wir unter anderem verabredet, dass Bund und Länder eine gemeinsame Strategie „Digitales Lernen“ auf den Weg bringen sollen. Die hierzu laufenden Abstimmungsprozesse wollen wir mit unserem [Antrag](#) konstruktiv begleiten und liefern hierzu eine Reihe von inhaltlichen Vorschlägen. So soll etwa über einen „Pakt für Digitale Bildung“ die

Finanzierung von digitalen Endgeräten für Bildungszwecke erleichtert werden. Die Nutzung von Open Educational Resources (kurz: OER) soll ausgeweitet und außerschulische Initiativen wie „Ein Netz für Kinder“ sowie die „Nationale Initiative Printmedien“ unterstützt und weiterentwickelt werden.

## Korruption bekämpfen

Der [Gesetzesentwurf](#) der Bundesregierung dient der Umsetzung verschiedener internationaler Vorgaben zur Bekämpfung von Korruption. Insbesondere ist vorgesehen, dass auch Auslandstaten der Vorteilsgewährung an Amtsträger strafrechtlich erfasst werden. Auch wird die Strafbarkeit von Bestechlichkeit bzw. Bestechung ausgeweitet. Künftig ist auch strafbar, wenn der Vorteilnehmer als Gegenleistung eine Handlung unter Verletzung seiner Pflichten vornehmen oder unterlassen soll. Dabei wird die Strafbarkeit wegen Bestechlichkeit oder Bestechung auch auf ausländische, europäische und internationale Amtsträger ausgedehnt.





## **Geldwäsche und Terrorfinanzierung aktienrechtlich bekämpfen**

Mit dem [Gesetzentwurf](#), über den wir in erster Lesung beraten, sollen die Beteiligungsstrukturen von nicht-börsennotierten Aktiengesellschaften transparenter gemacht werden. Damit soll die Arbeit der Ermittlungsbehörden bei Geldwäschedelikten durch eine leichtere Ermittlung der Identität der Aktionäre unterstützt werden. Der Gesetzentwurf setzt damit nicht zuletzt eine Forderung der Financial Action Task Force (FATF) um. Denn die deutsche Inhaberaktie steht im Verdacht, Geldwäsche und Terrorfinanzierung zu begünstigen. Deshalb sollen nicht-börsennotierte Gesellschaften Inhaberaktien künftig nur ausgeben dürfen, wenn der Anspruch des Aktionärs auf Einzelverbriefung der Aktie ausgeschlossen und die Sammelurkunde über die Aktion bei einer regulierten Stelle hinterlegt wird. Zudem enthält der Gesetzentwurf technische Verbesserungen und Klarstellungen im Aktienrecht.

## **Ausbildungsmission in Somalia fortsetzen**



Die Mission EUTM Somalia wurde am 15. Februar 2010 auf Grundlage der Resolution 1872 (2009) des Sicherheitsrates der VN und des Ersuchens der somalischen Regierung eingerichtet. Mit dem vorliegenden [Antrag](#) soll die Beteiligung deutscher Streitkräfte an der EU-geführten Ausbildungs- und Beratungsmission EUTM Somalia bis zum 31. März 2016 verlängert werden. Vorgesehen ist, unverändert bis zu 20 Soldatinnen und Soldaten mit entsprechender Ausrüstung einzusetzen.

Die EU hat im November 2011 ihren Strategischen Rahmen für das Horn von Afrika beschlossen. Die EU arbeitet eng mit internationalen Partnern zusammen: u.a. mit der somalischen Regierung, den Vereinten Nationen, der Afrikanischen Union, der East African Community (EAC) und der Intergovernmental Authority on Development (IGAD). Gemeinsames Ziel ist es, in Somalia tragfähige staatliche Strukturen aufzubauen und das Land beim Demokratieaufbau, bei der Befriedung sowie Bewältigung der Folgen des langjährigen Bürgerkriegs zu unterstützen. Die Ausbildungsmission EUTM Somalia leistet in diesem Gesamtkontext einen Beitrag. Die Ausbildung der somalischen Streitkräfte sowie der Aufbau funktionsfähiger somalischer Sicherheitsstrukturen durch deren Beratung tragen zur Stabilisierung der weiterhin fragilen Lage in Somalia bei.

Der Bundestag wird vor jeder Entsendung deutscher Streitkräfte, auch bei Verlängerungen eines bereits bestehenden Mandats, darüber befragt und muss abstimmen. Ich bin mir dieser Verantwortung bewusst und habe dafür gestimmt, weil ich die Unterstützung in diesem Fall für richtig und wichtig erachte.



## Einlagensicherung harmonisieren

Das [geplante Gesetz](#) setzt eine EU-Richtlinie in nationales Recht um, die das Vertrauen und den Schutz der Bankkunden weiter stärken und angleichen soll. Danach sind künftig alle EU-Länder verpflichtet, bankenfinanzierte Einlagensicherungsfonds aufzubauen, damit im Entschädigungsfall Bankeneinlagen bis zu 100.000 Euro garantiert sind. Zudem wird die Auszahlungsfrist schrittweise von 20 auf 7 Arbeitstage verkürzt und die finanzielle Ausstattung der Einlagensicherungssysteme verbessert. Sie sollen z.B. gesetzlich verpflichtet werden, innerhalb von 10 Jahren ein Mindestvermögen in Höhe von 0,8 Prozent der gedeckten Einlagen anzusparen.



Weitere Erläuterungen zu dem Thema findet man [hier](#).

## LKW-Maut auf vierspurige Bundesstraßen ausdehnen

Wir haben in dieser Woche abschließend eine Änderung des Bundesfernstraßenmautgesetzes zur Ausdehnung der [LKW-Maut](#) auf vierspurige Bundesstraßen beraten. Mit dieser Änderung sollen die Einnahmeausfälle in der LKW-Maut kompensiert werden, die durch das neue Wegekostengutachten zum 1. Januar 2015 entstanden sind. Dazu soll zum 1. Juli 2015 die Mautpflicht auf weitere ca. 1.100 km vierspurige Bundesstraßen ausgedehnt werden. Außerdem sollen weitere Fahrzeugklassen mautpflichtig werden, wozu zum 1. Oktober 2015 die Mautpflichtgrenze von 12 Tonnen zulässiges Gesamtgewicht auf 7,5 Tonnen zulässiges Gesamtgewicht abgesenkt wird. Unser Ziel bleibt es darüber hinaus, ab 2018 die LKW-Maut, wie im Koalitionsvertrag vereinbart, auf alle Bundesstraßen auszudehnen.

## PKW-Maut – Kein Kernanliegen der SPD!

Diese Woche hat der Bundestag die Einführung Pkw-Maut beschlossen. Über Wochen und Monate wurde über dieses Thema heftig debattiert und wir haben von Anfang an deutlich gemacht: Die Pkw-Maut ist [kein verkehrspolitisches Anliegen der SPD](#). Aber wir haben uns im Rahmen des erreichten Gesamtpakets im Koalitionsvertrag damit einverstanden erklärt, dem Vorhaben unseres Koalitionspartners nicht im Wege zu stehen.





Jedoch haben wir dafür im Koalitionsvertrag klare Bedingungen formuliert:

Die Pkw-Maut muss europakonform ausgestaltet sein und darf nicht zu einer höheren Belastung inländischer Kfz-Halter führen. Im Zuge der parlamentarischen Beratungen ist es uns zudem gelungen, beim Datenschutz eine wichtige Verbesserung durchzusetzen: Personalisierte Daten dürfen nur ein Jahr statt drei Jahre gespeichert werden. Auch haben wir mit der Union vereinbart, dass das Gesetz nach zwei Jahren einem Bürokratie- und Einnahmen-Check unterzogen wird. Damit sind die Bedingungen des Koalitionsvertrags erfüllt. Ich stimme daher heute trotz großer Bedenken den vorliegenden Gesetzentwürfen zu. Die SPD-Bundestagsfraktion hat in den parlamentarischen Beratungen ein verkehrspolitisches Gesamtpaket verhandelt, das sozialdemokratische Kernforderungen in die Tat umsetzt.

### **NRW-Landesgruppe der SPD-Bundestagsfraktion fordert: Fracking bis 2021 verbieten**

Ich freue mich über den Beschluss in unserer Landesgruppe und habe die Entscheidung aus fester Überzeugung mitgetragen. Wir fordern klar, dass Fracking in Deutschland mindestens bis zum Jahr 2021 verboten bleibt. Insbesondere die Stellung und Wirkungsweise der Expertenkommission ist aus meiner Sicht fragwürdig. Der Schutz des Trinkwassers und der Gesundheit aller Bürger haben absolute Priorität vor wirtschaftlichen Interessen. Zurzeit können wir nicht abschließend beantworten, ob Fracking eines Tages eine Option zur Förderung von Schiefer- und Kohleflözgas sein kann. Solange die Risiken des Frackings nicht abschließend geklärt sind, müssen wir auf diese Technologie verzichten.

Ihren skeptischen Standpunkt zum Thema Fracking hatte die SPD bereits 2013 im Koalitionsvertrag durchgesetzt. Ein Eckpunktepapier von Umweltministerin Barbara Hendricks und Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel vom vergangenen Sommer ist in der Sache eindeutig. Dieses Papier muss Grundlage für eine gesetzliche Entscheidung bleiben, die nur der Bundestag treffen darf. Vor dem Hintergrund lehnen wir den Einsatz einer Expertenkommission ab.



„Ein solches Gremium darf auf keinen Fall eine Entscheidung des Bundestags ersetzen“, sagt MdB Frank Schwabe (zuständiger Berichterstatter).



Frühestens 2021 soll der Deutsche Bundestag prüfen, ob die gesetzliche Verbotsregelung dann noch gerechtfertigt ist. Bis dahin sollten neue Kenntnisse aus Wissenschaft und Technik zur Verfügung stehen. Diese Prüfung muss in öffentlicher Debatte erfolgen.

Zugleich sprach sich die Landesgruppe ebenso geschlossen dafür aus, dass die seit Jahrzehnten angewandte konventionelle Förderung von Erdgas mit deutlich strengeren Umweltauflagen modernisiert werden muss.

Den Beschluss der Landesgruppe finden Sie [hier](#).

### **Parlamentarischer Abend mit dem BDE**



Am Donnerstag hat der Bundesverband der Deutschen Entsorgung- Wasser- und Rohstoffwirtschaft (BDE) unter meiner Schirmherrschaft einen parlamentarischen Abend zur Novelle der Gewerbeabfallverordnung veranstaltet. Vor einem Publikum von ca. 60 Zuhörern aus der Entsorgungsindustrie habe ich unter anderem mit dem Umweltminister aus Nordrhein-Westfalen Johannes Remmel diskutiert. Die Reform der Gewerbeabfallverordnung ist ein wichtiger Baustein für

die Verbesserung der Kreislaufwirtschaft. In den letzten Jahren sind jährlich rund 6 Mio. t Gewerbeabfälle angefallen, von denen nur 45% sortiert wurden und lediglich 0,4 Mio. t stofflich verwertet. Damit gehen uns jedes Jahr viel zu viele wertvolle Rohstoffe verloren. Genau hier muss die Novelle ansetzen, unter anderem mit der Einführung von anspruchsvollen Recyclingquoten und einer Grundpflicht zur getrennten Erfassung beim Abfallerzeuger.



## **Frühlingsball des Stadtverbandes der Schützenvereine von Hamm e. V. 1955**

Zum 29. Mal veranstaltete der Stadtverband der Schützenvereine von Hamm seinen traditionellen Frühlingsball. Die Galaveranstaltung, die den Festauftakt der Schützensaison eröffnet, fand große Resonanz. Das dargebotene Programm und viele gute Gespräche machten diese Veranstaltung zu einem unvergesslichen Abend. Dem Vorsitzenden Thomas Jägermann und allen Organisatoren des Frühlingsballs gratuliere ich zu dieser gelungenen Veranstaltung.

### **„MURKS? Nein Danke!“**

In der vorvergangenen Sitzungswoche habe ich eine Einrichtung in Berlin besucht, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, auf die Vergeudung und Ressourcen-verschwendung aufmerksam macht. „MURKS? NEIN DANKE!“, ein Internet-Blog, den Stefan Schridde initiiert hat. Er setzt sich mit seiner als gemeinwohlorientierten Verbraucher-organisation für nachhaltige Produktqualität ein, das heißt: optimale Nutzbarkeit, einfache Reparierbarkeit, freie Ersatzteilversorgung, bessere Garantiezeiten/-regelungen, regionale Servicedienste, Ressourceneffizienz. Im Sinne der Ziele der Abfallvermeidung, dem Schutz von Ressourcen und einem besseren Schutz der Verbraucher begrüße ich sein Engagement.



### **Jubilarehrung der SPD-Ortsvereins Hamm-Süden**



Gemeinsam mit dem Ortsvereinsvorsitzenden Wolfgang Rometsch, dem UB- und Fraktionsvorsitzenden Dennis Kocker, dem Landtagsabgeordneten Marc Herter und unserem Europaabgeordneten Dr. Dietmar Köster habe ich die Ehrung der Jubilare des SPD Hamm-Süden durchführen dürfen. Ausgezeichnet für ihre Treue zur SPD wurden Genossinnen und Genossen, die auf 10, 25, 40, 50 und 70 Jahre Mitgliedschaft zurückblicken können. Allen Jubilarinnen und Jubilaren gratuliere ich sehr herzlich. Dem Ortsverein Hamm-Süden gratuliere ich zu der gelungenen Veranstaltung.



## Auszubildende des Amtsgerichts Hamm zu Besuch in Berlin

Auszubildende des Amtsgerichts Hamm besuchten mich in der vergangenen Woche in Berlin. Naturgemäß hatten die Gäste Interesse an ihrem Fachgebiet auf Bundesebene, weswegen auf ihrem Programm, neben dem Besuch des Bundestages, auch ein Besuch des Bundesministeriums für Justiz und Verbraucher-schutz stand, wo ich die Gruppe auch zum Gespräch treffen konnte.



Ich hoffe, alle TeilnehmerInnen hatten einen aufschlussreichen und schönen Aufenthalt in Berlin.

## Die erste BPA-Gruppe des Jahres: Gewerkschafter und Betriebsräte drei Tage zu Besuch in Berlin



Gewerkschafter und Betriebsräte aus Hamm, Lünen, Selm und Werne besuchten mich in dieser Woche in Berlin. Ein umfangreiches Programm erwartete die Kolleginnen und Kollegen.

Für das Gespräch im Reichstag konnte ich die Berichterstatterin der SPD-Bundestagsfraktion, Anette

Kramme MdB, gewinnen.

Sie ist **die** Ansprechpartnerin bei allen Fragen rund um das Thema Mindestlohn und Tarifeinheitsgesetz und konnte aus erster Hand berichten und die vielfältigen Fragen der Gruppe beantworten.







## Die BVB-Bundestagsborussen



Ich bin Mitglied des Fan-Clubs der BVB-Bundestagsborussen zusammen mit anderen Parlamentariern. Wir sind begeisterte Fußballfans von Borussia Dortmund und fiebern natürlich gemeinsam bei den Spielen unseres Clubs mit.

Frohe  
Ostern

Allen Leserinnen und Lesern wünsche ich ein schönes Osterfest und verbleibe mit vielen Grüßen aus Berlin und einem herzlichen Glückauf!

Michael Thews, MdB